

FDP Wetterau

SOZIALARBEIT IN SCHULEN WICHTIGES NEUES THEMA FÜR RDW – „QUALIFIZIERUNG DER KINDER GANZ WICHTIG“

20.12.2021

Der Wetterauer FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und sein Kollege Bundestagsabgeordneter Peter Heidt haben die Firma RDW (Regionale Dienstleistungen Wetterau) besucht und ein Gespräch mit der Geschäftsführerin Heidi Nitschke und der Pädagogischen Leitung für den Bereich Sozialarbeit in Schulen, Anette Kehrbaum, geführt. Letztere hat dabei den beiden FDP-Politikern die aktuelle Situation bei der Sozialarbeit in den Schulen im Wetteraukreis vorgestellt. Sie hat betont, dass es für den RDW die große Aufgabe sei, Sozialarbeit nach und nach in allen Schulen im Auftrag des Wetteraukreises zu etablieren. Frau Kehrbaum war sich mit den beiden FDP-Politikern einig, wie wichtig Sozialarbeit in Schulen auch im Wetteraukreis ist. Es gehe darum, die jungen Menschen in ihrer individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Bildungsbenachteiligungen zu vermeiden und abzubauen.

Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich sei eine sehr wichtige Aufgabe, der sich auch die kommende Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, auch Landesvorsitzende der FDP Hessen, sehr stark widmen würde, so Heidt, Mitglied im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Für Hahn als ehemaligen Sozialdezernent der Stadt Bad Vilbel ist die Aufgabe des Vermittlers zwischen Familie, den Schulen und der Jugendhilfe von großer Bedeutung. Hier würden wichtige Chancen für die Sozialarbeit in Schulen liegen, um Bildungsgerechtigkeit herbeizuführen.

Nitschke erläutert in diesem Zusammenhang wie es dazu kam sich für dieses Tätigkeitsfeld zu bewerben: „In unserer Jugendmaßnahme am Übergang Schule/Beruf,

die aus Mitteln des ESF, des Landes, des Jobcenters und des Kreises gefördert wird, und die wir seit fast 10 Jahren verantworten, hatten wir immer den Eindruck wir sind zu spät, wir bekommen nur die Jugendlichen in unser Projekt VAMOS, die am Übergang Schule/Beruf gescheitert sind. Unser Anspruch und unser Ziel muss es sein hier vorher präventiv tätig zu werden und unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe für diese jungen Menschen wahrzunehmen.“

Nitschke kündigte an, man werde ab dem kommenden Jahr zwei weitere neue Projekt umsetzen, bei denen Jugendliche auch zu Hause aufgesucht werden, die am Übergang ins Berufsleben bis dato scheiterten. Diese Projekte werden aus Restmittel des ESF gefördert und finden Unterstützung durch den Wetteraukreis und das Jobcenter. Gerade in Zeiten der Pandemie sei es von großer Bedeutung, dass die Jugendlichen vor Ort wieder motiviert würden und sinnstiftende Angebote erhalten, die Ihnen den Weg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zeigten, auch wenn diese Projekte nur für ein Jahr befristet sind, werden wir doch sicher einige Jugendliche erreichen, die sich durch die Pandemie noch stärker als bisher abgehängt fühlen.

Bei den weiteren vielfältigen Tätigkeitsfeldern von RDW gehe es um Maßnahmen zur Qualifizierung, Orientierung und beruflichen Eingliederung junger Menschen, so die Geschäftsführerin Nitschke. So biete RDW präventive Sucht- und psychosoziale Beratung an, aber auch regionale Dienstleistungen wie Bauhilfen und Grünpflege.

Für den FDP-Bildungspolitiker Heidt ist die Weiterqualifizierung unter dem Motto „lebenslanges Lernen“ von sehr großer Bedeutung. Auch hier werde die FDP in den kommenden Jahren eine verstärkte Förderung auf den Weg bringen, versprach er in Kontakt mit der neuen FDP Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger.

Weiterhin besprach man die Situation der Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften des Wetteraukreises. Frau Nitschke betonte insoweit, dass mittlerweile ca. 150 Kinder im Alter bis zu 10 Jahren von RDW betreut werden die unter der Pandemiesituation sehr leiden, insgesamt betreut RDW ca. 1.600 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften des Wetteraukreises. Es gebe insgesamt deutlich mehr Vorsprachen und man käme an die Kapazitätsgrenzen. Auch die Wohnsituation sei durchaus problematisch. Jörg-Uwe Hahn erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der Wetteraukreis den Kommunen des Kreises zugesagt hatte, alle Flüchtlinge in eigenen Einrichtungen unterzubringen. Hier sei nach Auffassung der Liberalen noch vom Wetteraukreis einiges zu leisten. „Hier gibt es

einen eindeutigen Beschluss des Kreistags," so die beiden FDP Politiker, die auch im Kreistag verantwortlich sind.